

Vorlage Nr. 101.17.1384

9. Juli 2014

1 von 2

Keine Rüstungsexporte nach Algerien

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, die geplante Lieferung von Panzern nach Algerien und die Beteiligung von deutschen Firmen am Aufbau einer Panzerfabrik in Algerien nach § 7 des Kriegswaffenkontrollgesetz zu widerrufen. Diese Lieferungen stehen in erheblichem Widerspruch zu den deutschen Rüstungsexportrichtlinien.

Begründung:

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ist von der Entscheidung der Bundesregierung, Rüstungsexporte nach Algerien zu genehmigen, erschüttert. Laut Rüstungsexportrichtlinien ist die Beachtung von Menschenrechten im Bestimmungsland von besonderer Bedeutung für die Genehmigung solcher Geschäfte. In Algerien wurden jedoch eine Vielzahl von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen dokumentiert (vgl. Amnesty International, Länderbericht Algerien 2013). Dennoch will die Bundesregierung am Export von Panzern und dem Bau einer Panzerfabrik in Algerien festhalten.

Der Einsatz dieser Waffen könnte sich in der autoritären Praxis der algerischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung richten, zugleich aber auch eine sicherheitspolitisch fragile Region gefährlich aufrüsten. Zudem gibt es nach Auffassung zahlreicher Experten nur sehr schwache Mechanismen, die eine Weitergabe von Waffen und Wissen an andere autoritäre Staaten und/oder Krisenregionen unterbinden.

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ist sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst, da dieses Exportgeschäft auch mit Wissen und Technik aus Kassel erfolgt. Wir appellieren daher sowohl an die Bundesregierung als auch an die Unternehmensethik der hier ansässigen Firmen, dieses Geschäft zu stoppen. Nach Paragraf 7, Absatz 1 Kriegswaffenkontrollgesetz ist die Möglichkeit jederzeit gegeben, die in 2013 erteilte Ausfuhrgenehmigung zu widerrufen. Die genannten Bedenken machen nach unserer Auffassung einen sofortigen Stopp des Rüstungsexportgeschäftes unausweichlich.

Berichterstatter/-in:

Stadtverordneter Dieter Beig

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender
Kasseler Linke

Jörg-Peter Bayer
Stadtverordneter, Piraten

2 von 2